

Marseille: Einwohner treiben Roma in die Flucht – Gefährlicher Präzedenzfall?

Ungute Rolle örtlicher Politiker, von sozialdemokratischer ebenso wie von konservativer Seite. Auch anderswo finden Ansätze von Anti-Roma-Mobilisierung statt

Am Wochenende flimmerten Bilder von verkohlten Besitztümern über die Fernsehbildschirme, auf dem unteren Bildschirmrand erschien in kleiner Schrift der Städtenamen: Marseille. BesucherInnen aus dem Ausland fragten den Verfasser dieser Zeilen bereits bange, ob da ein Flugzeug abgestürzt sei. Nein: Die Aufnahmen von der erkalteten Asche oder den züngelnden Flammen stammten aus einem peripheren Stadtteil der französischen Mittelmeermetropole, wo Anwohner am Donnerstag Abend (den 27. September) in einer eigenmächtigen Aktion rund fünfzig Roma – die sich frisch angesiedelt hatten – vertrieben hatten. Daraufhin, „nach gelungener Aktion“, steckte sie von ihnen zurückgelassenes Hab & Gut in Brand. Dabei handelte es sich um Matratzen und, allem Anschein nach, um elektrische Haushaltsgeräte. Diese waren von ihren vormaligen Nutzern zurückgelassen worden; in welchem Zustand (und ob es sich eher um Abfall handelte) ist nicht ganz klar, anscheinend wurden sie aber kurz zuvor noch genutzt.

Der genaue Hergang der Ereignisse ist bislang noch im Unklaren. Zumal es kein polizeiliches Ermittlungsverfahren gibt, eher im Gegenteil: Die örtlichen Polizeikräfte scheinen der Szene beigewohnt zu haben, ohne gegen die „wütenden Anwohner“ vorzugehen, sondern haben im Gegenteil deren Abzug begleitet. Die Präfektur – das ungefähre Pendant zu einem deutschen Polizeipräsidium, das auch die Ausländerämter und anderen Behörden unter sich hätte – von Marseille erklärte beruhigend: Es gebe keine Strafanzeigen und keinen Kläger. **„Bislang haben wir nur verbrannten Müll auf fünf Quadratmetern Fläche.“** Da keine Straftaten festgestellt worden seien, habe man die handelnden Personen abziehen lassen.

Brandstiftung ist aber auf jeden Fall eine Straftat, auch nach französischem Recht (Artikel 322-5 des Strafgesetzbuchs, **Code pénal**). Tatsächlich ist es offenkundig nicht zu Gewalt gegen Personen gekommen, ebenso wenig wie zum Anzünden noch bewohnter Unterkünfte - wohl aber zu Drohungen, die zur Vertreibung einer Gruppe von Roma mit 40 Erwachsenen und fünfzehn Kindern führten. Diese hatten sich vier Tage zuvor, am 23. September, auf einer Brachfläche am Rande der **Cité des Créneaux**, eines randständigen Stadtteils von Marseille, niedergelassen, nachdem sie zuvor zwei Dutzend mal andernorts vertrieben worden waren. An dem Ort waren kurz zuvor drei vormalige Wohngebäude (Hochhäuser oder Plattenbauten) abgerissen worden, ein viertes harrete seiner bevorstehenden Zerstörung. Die frei gewordene Fläche diente den Roma zur Niederlassung.

Ein Teil der Einwohner der Siedlung – zum Teil mit Migrationshintergrund, meist nordafrikanischem - war offenkundig mit der eigenen Aussiedlung aus dem Stadtteil nicht einverstanden. Und so drückte sich eine gewisse Form von Sozialneid gegen noch Schwächere aus, nach dem Motto: „**Wir durften nicht bleiben, warum sollten Andere sich da einfach so ansiedeln dürfen?**“ Die eher als „sozial schwach“ zu charakterisierenden Einwohner fühlten sich chronisch von Staatsmacht und Stadt Marseille vernachlässigt. Nun wurden die neu hinzu gekommenen Roma zu ihrer Zielscheibe. Ersten Presseberichten vom Ort des Geschehens zufolge echauffierten sich die Anwohner über Einbrüche, die begangen worden seien – was natürlich möglich ist, nur scheint der Zusammenhang zwischen ihnen und der erst vier Tage zurückliegenden Ansiedlung der Roma ausgesprochen konstruiert, wenn nicht ins Reich der Fantasmen gehörend. Eine Gruppe von dreißig bis fünfzig Anwohnern ging demzufolge mit den Roma diskutieren, um ihnen klar zu machen, dass es nicht zu Straftaten kommen dürfte, wobei Jugendliche aus der Gruppe aber schnell unkontrolliert (verbal) aggressiv geworden seien. Die Roma hätten es „vorgezogen“, so berichtet etwa die Regionalzeitung **La Provence**, den Ort des Geschehens zu verlassen, und dabei einige Gegenstände zurückgelassen. Diese waren es, die daraufhin angezündet wurden.

Bedenkliche Rolle von Politiker/inne/n

Eine alles in allem kritikwürdige Rolle spielt dabei die sozialdemokratische Senatorin (d.h. Abgeordnete im parlamentarischen Oberhaus) und Bürgermeisterin des 15. und 16. Marseiller Arrondissements – beide Stadtbezirke sind administrativ zusammengeschlossen -, Samia Ghali. Die Mandatsträgerin erklärte zu den jüngsten Handlungen von Anwohnern des Roma-Camps: „**Ich verurteile es nicht, ich heiße es nicht gut, aber ich verstehe es.**“¹ So etwas komme nun eben einmal davon, dass die Staatsmacht sich nicht um die Sorgen der Leute kümmere.

Hingegen reagierte der konservativ-wirtschaftsliberale Regierende Bürgermeister von Marseille, Jean-Claude Gaudin (UMP), in scharfen Worten: Es komme nicht in Frage, dass Leute daran gehen, „**Milizen zu bilden und die Probleme der öffentlichen Ordnung selbst regeln wollen**“. Zwar scheint der Ausdruck „Milizenformierung“ im derzeitigen Stadium übertrieben: Noch (?) befindet die Sache sich nicht in einem Stadium wie in Italien, wo regelmäßig rechte „Bürgerwehren“ patrouillieren und Roma-Camps attackieren und dabei auch nicht vor Personenschäden zurückschrecken. Um solche Formen von kriminellem Vorgehen handelt es sich bislang in Marseille nicht; weder steht eine rechte Organisation hinter der eigenmächtigen Aktion von Einwohnern, noch kam es zu körperlichen Verletzungen. Aber eine potenziell gefährliche Keimzelle wurde angelegt, und das negative Beispiel könnte Schule machen. (Auch die Satiresendung eines französischen Privatfernsehsenders, **Les Guignols de l'info**,

¹ Vgl. u.a. http://www.lexpress.fr/actualite/societe/fait-divers/marseille-polemique-apres-l-expulsion-d-un-camp-de-roms-par-les-riverains_1167887.html?xtmc=marseille_roms&xtcr=1

sprach am gestrigen Montag Abend vom Wirken einer „Miliz“ in Marseille. Ihr ging es vor allem darum, den ausgesprochen rechtslastigen sozialdemokratischen Innenminister Manuel Valls aufgrund der Untätigkeit der Polizei zu kritisieren. In Anspielung auf die in Jahren 1997-2002 durch die damalige sozialdemokratische Regierung entwickelte Konzeption einer **police de proximité**, also ungefähr einer „einwohnernahen Polizei“, lobt die Puppe von Manuel Valls in der Satiresendung vom 01. Oktober die Ergebnisse einer **milice de proximité**...)

Reaktion von Rechtsextremen

Die aggressive „Anwohner-Aktion“ von Marseille hat allem Anschein nach keinen organisierten, „rechten“ Hintergrund. Aber wie reagieren parteiförmig strukturierte Rechtsextreme auf die Nachricht davon? Nun: in der Sache ziemlich eindeutig.

In einer Presseaussendung mit Datum vom Freitag, den 28. September 12 erklärt Stéphane Ravier, Kommunalparlamentarier in Marseille und Vorstandsmitglied (Mitglied im „Politischen Büro“) des Front National sowie voraussichtlicher Kandidat der rechtsextremen Partei auf den Chefsessel im Marseiller Rathaus 2014, zum Thema: << **(...) Die Methode ist radikal, aber sie hat den Verdienst/Vorzug, dass sie der UMPS (ANMERKUNG: eine für die ‚Altparteien‘ UMP und Parti Socialiste bei der extremen Rechten übliche Bezeichnung) klar macht, dass es reicht mit dem Saustall! (...) Diese Demonstration des Überdrusses und des Wunsches, Herr im eigenen Haus zu bleiben, muss ihren demokratischen und Rettung bringenden Ausdruck bei der Kommunalwahl finden, indem sie dem FN all die Unterstützung bringt, die er verdient (...)** >>

Das Votum für den Front National aus Ausdruck derselben Geisteshaltung wie die rabiate „Anwohneraktion“ gegen die Roma – ein deutliches Statement...

Tatsächlich muss jeglicher Gefahr von Selbstjustiz, vor allem wenn es sich gegen bereits hinreichend stigmatisierte „ethnische Minderheiten“ richtet, entschieden und schon im Ansatz der Riegel vorgeschoben werden. Dem UMP-Politiker Gaudin geht es dabei allerdings zuvörderst auch um das Ansehen „seiner“ Stadt, das durch solche Eindrücke ramponiert werde – Jean-Claude Gaudin erklärte sich entsetzt über den Eindruck, den solche Aktionen hinterließen: **„Marseille ist eine Stadt, wo man arbeitet, wo man spazieren geht, wo die Polizei überall hinkommt. Der Medienzirkus muss**

aufhören!² – und um den Vorrang für die polizeiliche Kontrolle statt eigenmächtigen Handelns. Der amtierende Bürgermeister brüstete sich und seine Stadtverwaltung mit folgender Bilanz: „**Wir hatten vor einigen Monaten noch 60 Roma-Camps in der Stadt, und ohne Lärm zu veranstalten, haben wir ihre Anzahl auf 25 reduziert.**“ Da die darin lebenden Menschen sich jedoch nicht in Luft aufgelöst haben, befinden sie sich eben permanent auf der Suche nach neuen Plätzen zur Niederlassung; und nach vorausgehender Stigmatisierung vervielfacht dies die Konfliktstellen und Reibungsflächen mit den Anwohnern. – **AKTUELLER ZUSATZ:** Just am gestrigen Montag, den 1. Oktober verlangte die Stadtverwaltung von Marseille die erneute Vertreibung derjenigen Roma, welche am vorigen Donnerstag durch die Anwohneraktion verjagt worden waren, von ihrem neuen Terrain. Die Menschen hatten bis dahin in einem leerstehenden Hangar vorübergehenden Unterschlupf gefunden. Vgl. dazu [http://www.lemonde.fr/societe/article/2012/10/01/la-mairie-de-marseille-reclame-l-
evacuation-des-roms-chasses-de-leur-campement-jeudi_1768420_3224.html](http://www.lemonde.fr/societe/article/2012/10/01/la-mairie-de-marseille-reclame-l-evacuation-des-roms-chasses-de-leur-campement-jeudi_1768420_3224.html) -

Gaudin kritisierte ferner Ende vergangener Woche seine sozialdemokratische politische Rivalin Samia Ghali, die beabsichtigt, im März 2014 für den Marseiller Bürgermeistersessel (also gegen ihn als Amtsinhaber) zu kandidieren: Durch ihre „unbedachten Äußerungen“ seit Ende August habe sie eine bestimmte Anzahl von Einwohnern auf die Idee gebracht, dass sie auf eigene Faust handeln könnten.

Tatsächlich hatte Ghali vor einigen Wochen eine Debatte darüber angestoßen, ob nicht in Marseille die Armee eingesetzt werden könne/müsse, um Ruhe & Ordnung wiederherzustellen, nachdem es im August – zum wiederholten Male – in peripheren Stadtteilen zu Schusswechseln zwischen Drogendealerbanden gekommen war³. Insgesamt kamen im Laufe des Jahres bis dahin im ganzen Stadtgebiet von Marseille 14 Menschen bei solchen „Abrechnungen“ ums Leben. Das ist schlimm genug - rechtfertigt aber kein Gerede, das den Eindruck erweckt, die Stadt befinde sich im Kriegszustand.

Zum wiederholten Male in diesem Sommer/Frühherbst 2012 also tut Samia Ghali sich mit Äußerungen hervor, die inhaltlich ausgesprochen bedenklich sind, auch wenn sie ein gewisses reales Echo in Teilen der Bevölkerung finden mögen. Dass Einwohner/innen in der Nähe der Schauplätze regelmäßiger Bandenkriminalität nach einem staatlichen Eingreifen dagegen rufen, ist nicht unverständlich – dass militärische Gewalt dagegen auf Dauer ein probates Hilfsmittel dagegen sein könnte, ist dagegen eine ziemlich wahnwitzige Idee. Würde die Armee einmalig mit Truppen durch die betroffenen Stadtteile ziehen, sähe dies zwar spektakulär aus, hätte jedoch längerfristig so gut wie keine Wirkung, auch wenn vielleicht einige Schusswaffen dabei beschlagnahmt würden. Möchte eine Befürworterin militärischer „Problemlösung“ also ehrlich sein, müsste sie dazu sagen, ob sie sich für eine dauerhaftere Besatzung als angebliche Krisenlösung ausspricht oder nicht.

² Vgl. U.a. [http://www.lemonde.fr/societe/article/2012/09/29/polemique-a-marseille-apres-l-
evacuation-d-un-camp-rom-par-des-habitants_1767690_3224.html](http://www.lemonde.fr/societe/article/2012/09/29/polemique-a-marseille-apres-l-evacuation-d-un-camp-rom-par-des-habitants_1767690_3224.html)

³ Vgl. dazu <http://www.trend.infopartisan.net/trd0912/t150912.html>, untere Hälfte des Artikels.

Dass Samia Ghali als Einwandererterochter auf erhebliche politische Widerstände auch in ihrer eigenen („Sozialistischen“) Partei stößt, die ihrer gewünschten Nominierung als Spitzenkandidatin bei der Kommunalwahl im März 2014 entgegen stehen, ist sicherlich eine bittere Realität. Aber mit solchen irrwitzigen Profilierungsversuchen – Befürwortung eines Armeeeinsatzes gestern, Quasi-Rechtfertigung von rassistisch aufgeladener Selbstjustiz heute.. – zu arbeiten, ist (um mit einem französischen stehenden Ausdruck zu sagen) „ein Heilmittel, das schlimmer sein könnte als das Übel selbst“.

Andere Orte der Mobilmachung

Unterdessen demonstrierten am vergangenen Samstag, den 29. September vor dem Rathaus von Lille rund 700 Personen gegen die behördliche Ansiedlung eines Roma-Camps in Cysoing, in der Nähe der nordfranzösischen Regionalhauptstadt. Diese war vormals offiziell geplant worden, doch der Plan wurde inzwischen bereits aufgegeben. Hinter vordergründig technischen Argumenten – etwa dem, das Gelände sei verseucht und für eine solche Ansiedlung nicht geeignet – hörte die Regionalpresse schnell auch rassistische Anfeindungen heraus; vgl. etwa

<http://www.nordeclair.fr/Actualite/2012/09/30/roms-une-manif-contre-qui-en-fait.shtml>

Artikel von Bernard Schmid vom 2. Oktober 2012